

Gentechnik muss auch in Zukunft strikt reguliert werden Breites Bündnis von Organisationen stellt Positionspapier vor

Berlin, 21.04.2021.

Seit Jahren lobbyieren Industrie und Gentechnik-Befürworter*innen dafür, neue Gentechnikverfahren wie **CRISPR/Cas** von der Gentechnik-Gesetzgebung auszunehmen. Sie wollen damit die derzeitige Definition von Gentechnik aufweichen. Das gefährdet die Wahlfreiheit und die Sicherheit von Mensch und Umwelt.

Insgesamt 94 Organisationen aus den Bereichen Umwelt-, Tier- und Naturschutz, Entwicklungspolitik, Kirchen, Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Züchtung, Lebensmittelwirtschaft und **Imkerei** sowie Jugendorganisationen fordern die Bundesregierung in einem heute veröffentlichten Positionspapier auf, in Deutschland und auf europäischer Ebene alle derzeitigen wie künftigen Gentechnikmethoden und die daraus entstehenden gentechnisch veränderten Organismen (GVO) **weiterhin** unter dem bestehenden **EU-Gentechnikrecht zu regulieren und zu kennzeichnen**.

„Es steht viel auf dem Spiel. Wenn die neue Gentechnik nicht wie bisher reguliert wird, ist die Freiheit bedroht, **gentechnikfreie Lebensmittel zu erzeugen und zu wählen**. Der überfällige Umbau zu einer **nachhaltigen, bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft würde damit massiv gefährdet**“ kommentiert Florian Schöne, Geschäftsführer des Umweldachverbands Deutscher Naturschutzring (DNR). „Hinzu kommt: Neue Anwendungen wie **Gene-Drive-Organismen** betreffen auch wildlebende Arten und könnten damit **negative Folgen für ganze Ökosysteme zur Folge haben**“, ergänzt Schöne. Die Organisationen fordern deshalb, dass auch für neue Gentechnik das Vorsorgeprinzip weiterhin gilt und die **Wahl- und Gentechnikfreiheit durch Kennzeichnung und Transparenz, Zulassung und Rückverfolgbarkeit** gesichert bleibt.

Das gemeinsame Positionspapier „**Gentechnik auch in Zukunft strikt regulieren**“ finden Sie → [hier zum Download \(dnr.de\)](https://www.dnr.de).

Quelle: Positionskampagne des DNR, 2021